

Renate Hendricks
Mitglied des Landtags
Nordrhein-Westfalen



Rechenschaftsbericht
als Landtagsabgeordnete
der Stadt Bonn

Zeitraum: 2008



Inhaltsverzeichnis:

Team	4
Gremienarbeit im Landtag	4
Aus dem Landtag	4
Konjunkturprogramm	4
Schwerpunkt für Kinder, Jugend und Bildung.....	5
Finanzierung der Familienzentren	6
Rücknahme der unsozialen Kürzungen bei den Frauenhäusern	6
Klage gegen den Kommunalwahltermin	7
Die Enquetekommission „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“	8
Bildungspolitik.....	9
Studienkollegs.....	9
KiBiz, Unterdreijährigen Betreuung, Sprachstandfeststellung.....	10
Doppelte Abiturjahrgänge durch Schulzeitverkürzung.....	10
Anzahl der Intensivbetten in Bonn	11
Verlegung der Poliklinik	11
Sanierung der Toilettenanlagen im Hauptgebäude und im Juridicum	12
Umstrukturierung der Fakultäten	12
Diamorphinabgabe	12
Bahnlärm und Bahnverkehr / Behindertengerechter Umbau des Bahnhofs in Bad Godesberg und des Hauptbahnhofs	12
Ausbau der S13 und der RB23 (Voreifelbahn)	13
Nationalpark Siebengebirge	13
Die vierte Gesamtschule in Bonn	14
Flughafen Hangelar	14
Bonner Bildungsimpulse (BBI).....	15
Museen machen Schule	15
Landtagswahlkampf in Niedersachsen	15
Veranstaltungen und Termine	16
Zusammenarbeit mit der SPD in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis.....	18

Renate Hendricks
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Kontakt zur Juso-Hochschulgruppe	18
Zusammenarbeit mit der Ratsfraktion	18
Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen	18
Besucherguppen	19
Bürgersprechstunden	19
Homepage	19
Informationsverteiler	20
Adressen	20



Team

Bonn: Björn Rüsing, Thabea Schaaf, Martin Pfafferott

Düsseldorf: Angelika Dirks

Gremienarbeit im Landtag

Als stellvertretende schulpolitische Sprecherin bin ich ordentliches Mitglied im Schulausschuss. Weiterhin bin ich Mitglied im „Ausschuss für Generationen, Familie und Integration mit Eine-Welt-Politik“. Als Bonner Abgeordnete habe ich die Funktion der „Eine-Welt-Sprecherin“ der Fraktion übernommen. Im Petitions- und Kulturausschuss des Landtages sowie im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie bin ich stellvertretendes Mitglied. Außerdem war ich Sprecherin der SPD-Fraktion in der Enquetekommission „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“, die im Juni 2008 ihre Arbeit abgeschlossen und am 1. Oktober 2008 den Abschlussbericht vorgelegt hat.

Aus dem Landtag

In der Landtagsfraktion der SPD greifen wir die Vorhaben der Landesregierung und der CDU-FDP-Koalition sachlich an, hinterfragen diese und kämpfen für die Durchsetzung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger in NRW.

Konjunkturprogramm

In dieser Legislaturperiode setzt die SPD einen klaren Schwerpunkt auf Bildung. Die Haushaltsanträge waren alle auf diesen Schwerpunkt ausgerichtet. Deshalb liegt es in der Kontinuität der Arbeit, dass die SPD-Landtagsfraktion in ihrer letzten Sitzung des Jahres für 2008 ein Konjunkturpaket beschlossen hat, das 2,4 Milliarden Euro an Investitionen in Kinder, Bildung und Kommunen vorsieht. Darüber hinaus schlägt die SPD Änderungen im Landeshaushalt 2009 von insgesamt 380 Millionen Euro vor, die vor allem zur Qualitätssteigerung in unseren Schulen und Kindergärten verwendet werden sollen. Die SPD verbindet ihr Finanzpaket von knapp 2,8 Milliarden Euro mit einem klaren Vorrang für Bildung und Kinder. Damit sichern wir





Tausende von Arbeitsplätzen in NRW und investieren in die Zukunft unseres Landes. Und dieser NRW-Pakt 2009 lässt sich ohne einen Euro neue Schulden finanzieren.

Das Konjunkturprogramm von 2,4 Milliarden Euro aus besteht aus drei Paketen:

1. Mit dem "Stärkungspakt Stadtfinanzen" soll den besonders hoch verschuldeten Kommunen in NRW wieder "Luft zum Atmen" gegeben werden, um dringend erforderliche Investitionsmaßnahmen durchführen zu können. Die NRW.Bank soll bei diesen Städten fünf Jahre lang Zinsen und Tilgung der Altschulden übernehmen. Damit würden sie jährlich um bis zu 420 Millionen Euro entlastet. Die Landesregierung zwingt die Kommunen, auf die Bremse zu treten. Die SPD kämpft dafür, dass die Kommunen bei den kommunalen Investitionen Gas geben können.
2. Im Förderprogramm "Soziale Infrastruktur" soll die NRW.Bank Kredite (fünf Jahre zins- und tilgungsfrei) über 1,5 Milliarden Euro zur allgemeinen Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Sportanlagen bereitstellen. Auf diese Weise würden in erheblichem Umfang Arbeitsplätze vor Ort gesichert. Neben dem Bundesprogramm zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude gibt es erheblichen Sanierungsbedarf, zum Beispiel wegen undichter Dächer und maroder sanitärer Anlagen.
3. Mit dem Förderprogramm "Wohnnahe Bildungsinfrastruktur" will die SPD rund 450 Millionen Euro für U3-Plätze und Ganztage in den Schulen aufwenden. Damit soll der Ausbau von U3-Plätzen in den Kindertagesstätten und der Aus- und Umbau von Schulen in der Sekundarstufe I für den Ganztagsbetrieb beschleunigt werden. Kommunen und Träger sollen dafür von der Wohnungsbauförderungsanstalt (WfA) Kredite in Höhe von bis zu 450 Millionen Euro erhalten, die auf zehn Jahre tilgungsfrei gestellt und deutlich verbilligt gegenüber den Marktkonditionen verzinst werden sollen.

Schwerpunkt für Kinder, Jugend und Bildung



Auch im Landeshaushalt für das Jahr 2009 setzt die SPD mit rund 380 Millionen Euro zusätzlich wieder einen klaren politischen Schwerpunkt für Kinder, Jugend und

Bildung. Zentrale Forderung dabei ist die deutliche Erhöhung der so genannten Kindpauschalen um rund 247,5 Millionen Euro.

Das würde einen wahren Qualitätsschub bei der frühkindlichen Bildung freisetzen:

- Das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestalten.
- Den Kommunen Mittel zuweisen, um eine generelle Beitragsfreiheit für niedrige Einkommensgruppen zu ermöglichen.
- Die Einschränkungen beim Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen auf eine 25-stündige Betreuungszeit zurücknehmen und damit dem tatsächlichen Bedarf der Eltern entsprechen.
- Die Gehälter der pädagogischen Fachkräfte erhöhen.
- Kostenfreie Mahlzeiten bei ganztägigen Angeboten anbieten.
- Die pädagogische Qualität in den Einrichtungen verbessern.

Finanzierung der Familienzentren

Darüber hinaus kämpfte die SPD dafür, die Finanzierung der Familienzentren zu verbessern (plus 5,6 Mio. €), 1.296 Lehrerstellen, die die Landesregierung in den vergangenen drei Jahren abgebaut hat, wieder einzurichten, den Gesamtschulen bei Neugründungen wieder den Ganztagsbetrieb zu ermöglichen (plus 1 Mio. €), den Kinder- und Jugendförderplan wieder auf den beschlossenen Stand von 96 Millionen Euro zu erhöhen, im Weiterbildungsbereich die Kürzungen der schwarz-gelben Landesregierung zu korrigieren (plus 8 Mio. €), mit der Erhöhung der Haushaltsmittel für Medienkompetenzführerscheine von Schülerinnen und Schülern (plus 400.000 €) dem sorglosen Medienumgang von Jugendlichen vorzubeugen und die Jugendarbeit und die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung gegen Rechtsextremismus zu intensivieren (plus 1,3 Mio. €).

Rücknahme der unsozialen Kürzungen bei den Frauenhäusern

Selbstverständlich verlangte die SPD auch die Rücknahme der unsozialen Kürzungen der CDU/FDP-Landesregierung bei den Frauenhäusern und in der Obdachlosenhilfe. Insgesamt geht es dabei nur um 3,5 Millionen Euro. Die Regierung Rüttgers hat Milliardenhilfen für einen Banken-Rettungsschirm zugestimmt und trifft

hier mit ihrer Politik der sozialen Kälte diejenigen, die sich selbst nicht wehren können. Zudem konnte ich in diesem Zusammenhang erreichen, dass die derzeitige Situation von Frauen, die bisher nicht gefördert werden, nun von der Landesregierung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Aus Berichten hatte ich erfahren, dass diese, wenn sie Erfahrungen mit häuslicher Gewalt machen, nicht problemlos einen Platz in einem der Frauenhäuser erhalten.



Klage gegen den Kommunalwahltermin

SPD und Grüne hatten gegen die von CDU und FDP beschlossene Vorverlegung der Kommunalwahl 2009 geklagt, weil nach der Wahl der neuen Räte und Bürgermeister die Amtszeit der alten noch über vier Monate weitergelaufen wäre. Diese demokratiefeindliche Wahltrickserei hat das oberste Gericht in unserem Land gestoppt. Es darf jetzt aber keine neue Wahlmanipulation von CDU und FDP geben. Die Kommunalwahl muss mit der Bundestagswahl am 27. September zusammengelegt werden. Ein zusätzlicher Wahltermin ist den Menschen im Super-Wahljahr 2009 nicht zuzumuten. Dies hätte eine erhebliche organisatorische und finanzielle Zusatzbelastung für die Stadt Bonn zur Folge. Jeder Wahltermin bedeutet sehr viel Vorbereitung für die Verwaltung. Alleine die ehrenamtlichen Wahlhelfer zu finden, wird immer schwieriger, ganz abgesehen von den Kosten eines zusätzlichen Urnengangs. Landesweit belastet ein eigener Kommunalwahltermin nach Berechnungen des Steuerzahlerbundes alle Bürgerinnen und Bürger mit 42 Millionen Euro. Diese Verschwendung von Steuergeld muss vermieden werden. Durch die Zusammenlegung mit der Bundestagswahl könnte dies vermieden werden. Alles andere ist unsinnig, teuer, führt zu unnötigen Mehrbelastungen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, befördert Wahlverdrossenheit und schadet damit der Demokratie.





**Die Enquetekommission „Chancen für Kinder –
Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein
optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-
Westfalen“**

Die Enquetekommission hat mit ihren Abgeordneten und Sachverständigen 35 mal getagt, zwei Anhörungen und zwei Expertengespräche durchgeführt sowie neun Gutachten, Studien und Expertisen in Auftrag gegeben, um sich ein umfassendes Bild über die "Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen" zu verschaffen. Im Vordergrund der mehr als zweijährigen Arbeit stand das Bemühen, vom Kind aus zu denken - also nicht die Institutionen, sondern die Entwicklung der Kinder in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen. Im Oktober 2008 wurde der Abschlussbericht der Enquetekommission im Landtag vorgestellt.

Der Abschlussbericht ist 223 Seiten stark und enthält viele richtige und wichtige Empfehlungen. Gleich zu Beginn des Berichtes stellt die Kommission für Nordrhein-Westfalen fest, dass man "mit Blick auf die Erfolgsaussichten im Bildungssystem (...) (sagen kann), dass die Startchancen für Kinder weder gleich noch gerecht verteilt sind". Für das gegenwärtige nordrhein-westfälische Schulsystem gab es in der Enquetekommission keine Mehrheit.

Die zentralen Botschaften des Abschlussberichtes "Chancen für Kinder" lauten:

1. Armut beeinträchtigt die Bildungs- und Lebenschancen
2. Familien mit Migrationshintergrund landen vielfach auf dem Abstellgleis
3. Frühe Bildung benötigt mehr Qualität
4. Wir müssen Verantwortungsgemeinschaften für Bildung gründen
5. Das gegliederte Schulsystem findet keine Mehrheit in der Enquetekommission. Die Mehrheit der Mitglieder spricht sich gegen das frühe Aufteilen von Kindern aus.
6. Die Ressourcen für Bildung müssen ausgebaut werden



Der vollständige Abschlussbericht der Enquetekommission (Stand 10.11.2008) kann auf der Homepage des Landtags Nordrhein-Westfalen eingesehen werden:

http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/14_EK2/Chancen_fuer_Kinder_Abschlussbericht.pdf

Ich habe zu dem Enquetebericht eine Kurzfassung erstellt, die gerne über mein Büro bezogen werden kann und die zudem auf meiner Homepage eingestellt ist:

http://spdnet.sozi.info/nrw/bonn/renhendricks/dl/2008-10-16_Kurzfassung_Enquete.pdf

Bildungspolitik

Auch im Jahr 2008 haben uns sowohl auf der Landesebene als auch in Bonn Themen einer fehlerhaften Bildungspolitik begleitet. So hat die Landesregierung auch 2008 an den Kopfnoten festgehalten. Die Kopfnoten wurden lediglich von sechs Noten auf drei reduziert. Pädagogisch begründet war diese Maßnahme nicht. Sie ist einem Kompromiss geschuldet. Die Ministerin wollte vier. Die CDU wollte zwei Kopfnoten. Raus gekommen sind drei. NRW ist nun das einzige Land deutschlandweit ist, das auf den Abiturzeugnissen Kopfnoten vergibt. Etliche Probleme gab es mit fehlerhaften Aufgaben im zweiten Zentralabitur. Bei den Berufskollegs gab es dieses Jahr zum ersten Mal ein Zentralabitur, das ebenfalls Fehler und Probleme aufwies. Die Fehlerwelle setzte sich in diesem Jahr 2009 zudem bei den Lernstandserhebungen in den Klassen 8 fort.



Studienkollegs

2008 hat die Landesregierung entschieden die Studienkollegs in NRW aufzulösen. Damit hat die Landesregierung die Möglichkeiten beseitigt, junge Menschen aus Entwicklungsländern auf ein Studium in Deutschland vorzubereiten. Andere Bundesländer halten am Konzept der Studienkollegs fest. Die Auflösung der Studienkollegs bringt für ausländische Studieninteressierten erhebliche Nachteile bei der Vorbereitung auf ihr Studium in Deutschland mit sich. Die Folge ist ein Rückgang der ausländischen Studierenden in NRW. Ich setze mich dafür ein, dass ausländischen Studenten angemessene und ausreichende Möglichkeiten eröffnet werden, in NRW zu studieren. Deshalb habe ich mich auch gegen den zusätzlichen Betreuungsbetrag gewandt, den die Universität Bonn für ausländische Studierende erhebt.



KiBiz, Unterdreijährigen Betreuung, Sprachstandfeststellung

Bonn hat eine über dem Landesdurchschnitt liegende Versorgungsquote bei U3-Plätzen. Trotzdem ist das Platzangebot nicht ausreichend. Die Entscheidung der Landesregierung, die Ausbauplätze für die Unterdreijährigen im Jahr 2009 auf 25 Stunden zu begrenzen, ist in der Sache nicht angemessen. Es entspricht nicht dem Bedarf der Eltern, die ein Stundenvolumen von 35 und 45 Stunden für ihre Kinder benötigen. Landesweit ist zudem eine Uneinheitlichkeit bei der Beitragsgestaltung durch das KiBiz entstanden; jede Kommune macht eine eigene Gebührensatzung. Elternbeiträge sind damit von der Leistungsfähigkeit der Kommunen abhängig. Für Familien in NRW gibt es keine vergleichbaren Lebensbedingungen mehr.



Die Sprachstandsfeststellungen in NRW sind weiterhin mit einer viel zu hohen Fehlerquote behaftet. Das Testverfahren ist nicht ausgereift und die anschließende Förderung scheint keine Sicherheit zu geben, dass alle Kinder am Ende der zweijährigen Förderung auch wirklich ausreichend Deutsch sprechen, wenn sie in die Schule kommen. Das Programm zur Sprachförderung der Kinder, von der Universität Dortmund, wurde zwei Jahre nach Einführung der Sprachstandstest vorgelegt (im Februar 2009). Es bleibt abzuwarten, ob sich die Fördersituation nun verbessert.

Doppelte Abiturjahrgänge durch Schulzeitverkürzung

Bisher hat die Landesregierung keine ausreichenden Antworten auf die Herausforderungen der doppelten Abiturjahrgänge im Jahr 2013 geben können. Die Hochschulen ebenso wie Ausbildungs- und Arbeitsmarktsektor müssen sich auf die starken Absolventenjahre einstellen. Im Vergleich zum Jahr 2012, in dem rund 75.000 Abiturienten prognostiziert werden, werden es 2013 voraussichtlich rund 134.000 Schülerinnen und Schüler sein. Allein ca. 2.300 Abiturientinnen und Abiturienten werden 2013 aus den Bonner Gymnasien und Gesamtschulen auf den weiteren Ausbildungsmarkt gelangen. Zum Vergleich: Diese Zahl entspricht etwa 2/3 der Studienanfänger an der Bonner Universität im Wintersemester 2006/2007. Die SPD Fraktion im Landtag hat entsprechende Anträge gestellt. Ich selber setze mich dafür ein, dass die Hochschulen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis ihre Kapazitäten



ausbauen und sich in ihrem Ausbildungsbetriebe auf diesen Ansturm frühzeitig einstellen.

Anzahl der Intensivbetten in Bonn

Seit Beginn dieser Legislaturperiode werden die Krankenhäuser in Bonn durch eine Änderung bei der Fördersystematik – weg von einem „Krankenhausinvestitionsprogramm“ hin zur „Baupauschale“ –in ihren Investitionen ausgebremst. Etliche Bonner Krankenhäuser kämpften mit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf die Baupauschale. Die Bewilligungsbescheide sind erst im Dezember 2008, nach einer langen Hängepartie, verschickt worden. Nicht zuletzt aufgrund des öffentlichen Drucks wurden in der Universitätsklinik etliche „Carebetten“ geschaffen. Das Maltesterkrankenhaus wird im Jahr 2009 ebenfalls zwei Intensivbetten bauen.



Erst Ende des letzten Jahres (Dezember 2008) erfuhren die Bonner Krankenhäuser, in welcher Höhe sie nunmehr mit der Baupauschale rechnen können. Minister Laumann wörtlich: „Für einen so weit reichenden Systemwechsel, wie er mit der Baupauschale Nordrhein-Westfalen verbunden ist, gibt es weder Erfahrungs- noch Orientierungswerte.“

Verlegung der Poliklinik

Es ist geplant, dass Anfang 2010 die Bonner Poliklinik (seit 01.01.2008 als Medizinische Klinik III, Hämatologie/Onkologie umstrukturiert) des Universitätsklinikums Bonn von ihrem jetzigen innerstädtischen Standort an der Wilhelmstraße in das Klinikgelände auf den Venusberg umziehen und dort in Modulbauweise neu errichtet wird. Es ist mit einem Umzugstermin in 2010-11 zu rechnen. Das Gelände an der Wilhelmstraße soll verkauft werden. Hierzu habe ich etliche Nachfragen gestellt. Insbesondere im Hinblick auf die Heroinambulanz und die die Notfallaufnahme in der Wilhelmstraße.



Sanierung der Toilettenanlagen im Hauptgebäude und im Juridicum

Die Universitätsleitung wollte die Sanierung der Toilettenanlagen im Hauptgebäude im Juridicum aus Studiengebühren finanzieren. Das Vorhaben habe ich durch Kleine Anfragen und Briefe überprüfen lassen. Auch die neue Idee, die Sanierung durch die entgeltliche Benutzung der Toiletten zu finanzieren, habe ich in Schreiben an die Universitätsleitung ablehnend thematisiert. Nicht zuletzt durch meine Interventionen zu diesem Thema sind diese Pläne zugunsten einer Finanzierung aus den Mitteln des Konjunkturpakets aufgegeben worden.

Umstrukturierung der Fakultäten

In Folge der Umstrukturierung der Fakultäten waren zahlreiche Institute von der Schließung bedroht, so das Institut der Slavistik der Volkskunde und der Ethnologie. Ich habe mich mit den Studierenden beim Senat und Fakultätsrat der Uni mit Erfolg dafür eingesetzt, dass ein Teil der Fächervielfalt der Universität erhalten bleibt.



Diamorphinabgabe

Weiterhin habe ich mich für die Aufnahme von Diamorphin in das Betäubungsmittelgesetz eingesetzt, um die wissenschaftlich erwiesene Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten der Patienten durch die kontrollierte Heroinabgabe gesetzlich festzusetzen. Dies habe ich in einem Schreiben an Sozialminister Laumann wie auch bei meinem Besuch der Heroinvergabestelle in Bonn zum Ausdruck gebracht.

Bahnlärm und Bahnverkehr / Behindertengerechter Umbau des Bahnhofs in Bad Godesberg und des Hauptbahnhofs



Die Thematik Bahnlärm, Schrankenschließzeiten in Bonn links- und rechtsrheinisch beschäftigen mich weiterhin. Gemeinsam mit dem Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber setzen wir uns für einen verbesserten Lärmschutz durch unterschiedliche Maßnahmen ein. Für die Lärmreduzierung in Bonn fordern wir die Umrüstung und den Ersatz alter und lauter Wagen, die Senkung der Lärmgrenzwerte an bestehenden Schienenverbindungen, die Entwicklung und Förderung innovativer

Lärmschutztechnik, wie z.B. den Lärmabsorber, und langfristig eine Entlastung für das Rheintal.

Der Godesberger Bahnhof muss endlich barrierefrei werden. Gemeinsam mit den Genossen in Bonn Godesberg haben wir eine Zusage erreicht, dass im Godesberger Bahnhof im Jahr 2010 endlich Aufzüge eingebaut werden. Wann die Sanierung des Bahnhofes in Gänze erfolgt, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Ich bleibe aber am Ball.

Ausbau der S13 und der RB23 (Voreifelbahn)

Nach Auskunft der DB-Projektbau wird der Baubeginn der S 13 nach Plan für Oktober 2010, die Inbetriebnahme für bis Ende 2014 anvisiert.

Des Weiteren habe ich bei der Landesregierung über die finanzielle Mittel Auskunft erbeten. Sowohl die DB-Projektbau als auch die Landesregierung haben mir die Einhaltung des Zeitplanes bestätigt. Ich werde diesen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bonn zu gegebener Zeit erneut hinterfragen, damit das Projekt S 13 nach langen Jahren der Planungen nun zeitnah realisiert werden kann.

Für die RB23 (Voreifelbahn) habe ich mich nach meinem Engagement im Jahr 2007 weiterhin stark gemacht und Anfragen zu der Thematik bei der Landesregierung eingereicht, um z.B. den Sachstand bezüglich der Haltepunkte in Bonn, Alfter und Rheinbach der RB 23 (Voreifelbahn) zu erfahren.

Die Landesregierung teilte mir inzwischen mit, dass die landesseitige Finanzierung auch auf gesetzlicher Grundlage gewährleistet ist. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt können zum Ausbau der RB 23 jedoch noch keine verbindlichen Vereinbarungen oder Verträge abgeschlossen werden. Der Baubeginn ist somit noch offen. Ich werde mich aber auch zukünftig stark dafür einsetzen, damit dieses Projekt möglichst bald realisiert wird.

Nationalpark Siebengebirge

Zahlreiche Bedenken aus der Wissenschaft und vor allem den Bürgervereinen bezüglich des Nationalparks habe ich aufgenommen und in mehreren Kleinen Anfragen, Schreiben und Gesprächen, etwa mit Umweltminister Uhlenberg, zum Ausdruck gebracht.



Zahlreiche Fragen sind noch nicht geklärt, so die Finanzierung und die Verwaltung eines Nationalparks, das Wegekonzept im und ein tragfähiges Verkehrskonzept um das Siebengebirge herum. Mir geht es darum, das Siebengebirge im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Es muss als Naherholungsgebiet weiter genutzt werden und gleichzeitig als Naturlandschaft geschützt werden. Ob ein Nationalpark dies gewährleisten kann, ist zweifelhaft. Wo Nationalpark drauf steht, muss meiner Ansicht nach auch Nationalpark drin sein. Ein Label, das nicht der Realität entspricht, ist Etikettenschwindel. Damit ist weder dem Naturschutz noch den Bürgerinnen und Bürgern gedient.



Die vierte Gesamtschule in Bonn

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass Bonn eine vierte Gesamtschule erhält. Die vierte Gesamtschule schafft mehr Bildungsgerechtigkeit für die Bonner Schülerinnen und Schüler. In einer kleinen Anfrage und in Schreiben habe ich mich aktiv für diese Möglichkeit eingesetzt. Dass Bonn diese Möglichkeit nun von Seiten der Landesregierung zugesprochen wurde, bringt mein Engagement und das vieler Bonner Bürger zu einem erfolgreichen Abschluss.



Flughafen Hangelar

Mit energischem Protest trat ich zusammen mit Achim Tüttenberg gegen den Erlass von Landesverkehrsminister Wittke (CDU), die örtliche Luftaufsicht am Verkehrslandeplatz Hangelar drastisch einzuschränken, ein. Drei von vier Planstellen für die Überwachung der Sicherheitserfordernisse und des Lärmschutzes sind zum Jahresende gestrichen worden.

Durch diese Umstrukturierung wird es gefährlicher und lauter am intensiv genutzten Verkehrslandeplatz Hangelar.

Staatliche Sicherheitskontrollen größtenteils dem Flugplatzbetreiber zu überlassen, ist unverantwortlich und bringt die betroffenen Personen in Interessenskollision. Diese Auffassung teilen auch die kommunalen Gesellschafter des Flugplatzes, der Rhein-Sieg-Kreis sowie die Städte Bonn und Sankt Augustin. In Zusammenhang mit den Bürgervereinen und sachverständigen Bürgern und Bürgerinnen kämpfte ich gegen die Rücknahme des Erlass. Zu diesem Zweck haben wir für Mai 2009 einen Vorort-

termin mit Vertretern der Aufsichtsbehörde nach zähen Verhandlungen endlich vereinbaren können.

Bonner Bildungsimpulse (BBI)

Die von mir mit initiierten „**Bonner Bildungsimpulse**“ haben auch 2008 ihre Arbeit weitergeführt. Auch in diesem Jahr wurden öffentliche Veranstaltungen mit kompetenten Referenten organisiert. Die Vorträge fanden in der Öffentlichkeit reges Interesse. Für das Jahr 2009 sind weitere Veranstaltungen in Planung. Die Bonner Bildungsimpulse werden von einem Initiativkreis organisiert, dessen Mitglied ich bin.



Museen machen Schule

Das Projekt „Museen machen Schule“ wurde 2006 von den Bonner Museen, der Volkshochschule Bonn, dem Schulamt der Stadt Bonn und Renate Hendricks ins Leben gerufen. Mit dem Internetauftritt der Stadt Bonn www.museen-machen-schule.de ist das Projekt mit vielfältigen Angeboten bereits seit 2007 vertreten. Auf dieser Seite stellen die Museen ihre Angebote zum Thema Museumspädagogik vor. Schulen können über die angelegte Datenbank das passende Museumsangebot für das jeweilige Unterrichtsfach und die jeweilige Jahrgangsstufe finden. Aus dieser Initiative hat sich eine Vernetzung der Museen ergeben. Dank der im Jahr 2008 begründeten Kooperation mit der Volksbank Bonn Rhein-Sieg und der Heinz-Dörks-Stiftung, die dem Projekt zusammen 10.000€ zur Verfügung stellen, wird auch sozial benachteiligten Kindern der Besuch von Bonner Museen zukünftig unbürokratisch möglich gemacht.

Der Geldbetrag soll für Fahrtkosten, Eintrittsgelder und Materialkosten genutzt werden und ausschließlich sozial benachteiligten Kindern zugute kommen. Die Organisation der Mittelzuwendung soll nach formlosem Antrag der Lehrerinnen und Lehrer über das Schulamt der Stadt Bonn erfolgen.

Landtagswahlkampf in Niedersachsen

In den Monaten Oktober 2007 bis Januar 2008 war ich im Wahlkampf für die SPD in Niedersachsen als „Schattenministerin für Kultus“ eingebunden. Leider haben wir die



Renate Hendricks
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wahl dort nicht mit einer regierungsfähigen Mehrheit gewonnen. Aber es gibt dennoch einige wichtige Ergebnisse, die in der Presse wenig herausgestellt und entsprechend wenig beachtet wurden. Die CDU hat in Niedersachsen fast 6%, bei den Erststimmen sogar fast 8% verloren. Herr Wulff hat in seinem Wahlkreis persönlich 8,9%, die CDU dort 9,2% verloren. Aber auch die SPD musste 3,1% abgeben. Die Wahlbeteiligung in Niedersachsen ist gravierend um 10 Prozentpunkte auf 57% zurückgegangen. So haben wir an die Nichtwähler fast doppelt so viele Stimmen verloren wie an die Linke, die mit 7,1% in den Landtag von Niedersachsen eingezogen ist. Der Problematik der Linken werden wir uns in NRW ebenfalls stellen müssen. Wir können die Linke nicht einfach ignorieren, sondern müssen durch Information eine sachliche, sich an den Positionen der Linken orientierenden Auseinandersetzung führen.

Was mich gefreut hat: Mit der Bildungspolitik haben wir im Wahlkampf von Niedersachsen punkten können. In den Kompetenzen lagen wir gleich auf mit der CDU. Aus der Opposition heraus, finde ich, ist dies eine gute Leistung. Außerdem sind 19 Direktmandate in Niedersachsen geholt worden. 2003 waren es nur 8. Mandate. Dies ist eine gute Entwicklung und macht deutlich, es lohnt sich, zu kämpfen.

Veranstaltungen und Termine

15. März 2008	Vor-Ort-Termin zur S 13 zusammen mit Achim Tüttenberg und weiteren Genossen
16. März 2008	Lese-Matinee: „Bonn- wo es am schönsten ist“
22. März 2008	Oster-Eier-Aktion
01. April 2008	SPD Rhein Sieg Veranstaltung Thema " Lernen "
03. April 2008	InWEnt - Armutsbekämpfung und Artenvielfalt - Die Entwicklungspolitik weist Wege
11. April 2008	Integration beginnt im Vorschulalter - von Schweden und Dänemark für zukünftige Konzepte lernen
15. April 2008	Bürgerversammlung Bahn zusammen mit Ulrich Kelber
19. April 2008	Bildungspolitisches Frühstück in Zusammenarbeit mit dem Ortsverein Oberkassel

Renate Hendricks
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen



25. April 2008	Frühjahrsempfang mit der SPD Bornheim
10. Mai 2008	Pfingstrosenaktion
24. Mai 2008	Bildungspolitisches Frühstück in Zusammenarbeit mit der Stadtschulpflegschaft
06. Juni 2008	Offenes Büro
09. Juni 2008	Veranstaltung zum Thema "Sinn und Unsinn von Kopfnoten"
10. Juni 2008	Bürgerversammlung Bahn zusammen mit Ulrich Kelber
15. August 2008	Informationstermin zum Nationalpark Siebengebirge
04. September 2008	Fachtagung der AWO zur Thematik "Offene Ganztagschule - ein Lebens- und Lernort für Kinder?!"
25. September 2008	Diskussionsrunde "Lernen ohne Grenzen"
20. Oktober 2008	Hintergrundgespräch zur Bilanz 100 Tage KiBiz mit den Elterninitiativen
28. Oktober 2008	Veranstaltung Fraktion vor Ort mit Liesel Koschorrek "Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte in Bonn"
31. Oktober 2008	"Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek"
03. November 2008	Informationsveranstaltung mit Barbara Nass zum Stand der Dinge des LEG-Verkaufes in Medinghoven
05. November 2008	Workshop "Gute Arbeit - Gesund am Arbeitsplatz" des DGB
06. November 2008	Schule, Jugend, Zukunft – Bornheim vor der Wahl
07. November 2008	Verschönerung der Bahnhöfe Godesberg und Mehlem mit Helmut Redeker, Gieslint Grenz und Stephan Eickschen
14. November 2008	St. Augustiner Gespräche " Eine Schule für alle"
17. November und 01. Dezember 2008	Gespräch mit den Schulleitern und den Trägern der Offenen Ganztagschulen
28. November 2008	Gespräch bei der Deutschen Welle mit den Entwicklungshilfeorganisationen in Bonn
13. Januar 2009	Besuch des Familienzentrums Ellesdorferstraße



Renate Hendricks
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

14. Januar 2009	Besuch des Familienzentrums Stresemannstraße
15. Januar 2009	Besuch des Familienzentrums „Verbund Siemensstraße“
21. Januar 2009	Besuch des Familienzentrums Metzendal
21. Januar 2009	Veranstaltung zum Thema: "Was ist in unseren Schulen los? Schüler streiken - Lehrer fehlen!"
05. Februar 2009	Besuch des Familienzentrums Juco e.V. Internationales Familien- und Begegnungszentrum
12. März 2009	Besuch des katholischen Familienzentrums Godesberg-Süd

Die Auflistung bezieht sich nur auf Termine im Stadtgebiet Bonn, sowie im Rhein-Sieg-Kreis und erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

Zusammenarbeit mit der SPD in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis

Kontakt zur Juso-Hochschulgruppe

Mit der Juso-Hochschulgruppe hatte ich im vergangenen Jahr einen regen Austausch. Ich konnte durch Gespräche ihre Interessen und Anliegen aufnehmen und an die Universitätsleitung und Landesregierung herantragen. Des Weiteren habe ich sie im Wahlkampf zum Studierendenparlament aktiv unterstützt.



Zusammenarbeit mit der Ratsfraktion

Auf Anfrage der Ratsfraktion haben wir eine Liste erstellt, die die Handlungen und Maßnahmen von den CDU-Abgeordneten Helmut Stahl und Gerhard Lorth gegen die Interessen der Stadt Bonn zusammenfasste. Aufgrund dieser Vorlage konnte die Ratsfraktion die „lange Liste des Versagens - wie Lorth und Stahl (CDU) in Düsseldorf Bonn vergessen“ veröffentlichen.



Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei **allen** Genossen/innen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis bedanken, die mich in meiner Arbeit unterstützt haben, und ohne deren Hilfe mir wichtige Hinweise im Jahr 2008 gefehlt hätten. Ich freue mich

Renate Hendricks
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

auf eine weitere gute Zusammenarbeit in 2009 und stehe gerne als Ansprechpartner für die Ortsvereine zur Verfügung. Insbesondere in dem wichtigen Wahljahr 2009.



Besucherguppen

Im Jahr 2008 hatte ich verschiedene Besuchergruppen zu Gast im Landtag NRW. Insgesamt habe ich etwa 180 Personen im Landtag empfangen.

24. Januar 2008	Liebfrauenschule Bonn	50 Personen
7. Juni 2008	Besuch türkischer Mütter, der Johannes Rau Schule, Bonn	23 Personen
6. September 2008	Bürgerverein Vilich e.V.	38 Personen
23. Oktober 2008	Liebfrauenschule Bonn	50 Personen
8. November 2008	Friedrich Spee Akademie Bonn	20 Personen

Bürgersprechstunden

In regelmäßigen Abständen findet meine Bürgersprechstunde statt.

Im letzten Jahr habe ich die Bürgersprechstunden in meinem Wahlkreisbüro in der Oskar-Walzel-Str. 9, im Büro der SPD Bad Godesberg Nord, im Hans-Wiesel-Haus, Moltkestr. 3, ferner im Beueler Rathaus sowie im Stadtteilbüro Brüser Berg, Borsigallee 12, abgehalten. Die Termine für die Sprechstunden werden über meine Homepage und über die Presse bekannt gegeben. Insgesamt habe ich 13 Sprechstunden 2008 angeboten (im Wahlkreisbüro 5, in Godesberg 3, in Beuel 3 und am Brüser Berg 2).

Homepage

Meine Arbeit im Laufe des Jahres dokumentiere ich regelmäßig über meine Homepage (www.renate-hendricks.de). Zudem verschicken wir an alle Interessierten Reden, Anfragen, Pressemitteilungen. Im letzten Jahr 2008 habe ich 11 Reden im Düsseldorfer Landtag gehalten, 2 Anträge für die Fraktion verfasst, in 4 Mündlichen

Renate Hendricks
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Anfragen die Landesregierung im Rahmen des Plenums um Antwort gebeten, in 43 Kleinen Anfragen Stellungnahmen und Antworten von der Landesregierung erhalten sowie 49 Pressemitteilungen verfasst. Darüber hinaus habe ich eine Veranstaltung „Fraktion Vor Ort“ in Bonn zum Thema Pflegestützpunkte durchgeführt. Zudem biete ich hierüber das Abo eines Newsletters an. Meine Homepage hat hohe Zugriffszahlen. Das Angebot des Newsletter wird genutzt. Die Abonnentenzahlen steigen kontinuierlich.

Informationsverteiler

Über mein Landtagsbüro in Düsseldorf führe ich einen Informationsverteiler: Somit lasse ich an spezielle Verteilergruppen Informationen aus der aktuellen Landtagsarbeit unmittelbar zukommen.

Des Weiteren werden interessierte Bürger über meine Arbeit durch meinen Newsletter informiert.

Adressen

Renate Hendricks
Wahlkreisbüro
Oskar-Walzel-Straße 9
53113 Bonn
Tel.: 0228 – 4228486
Fax.: 0228 – 422 8693
renate.hendricks.wk-bonn@landtag.nrw.de
www.renate-hendricks.de

Landtagsbüro
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 – 884 2684
Fax.: 0211 – 884 3195
renate.hendricks@landtag.nrw.de